Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 3

Artikel: Bewegung, nicht bloss Partei!
Autor: Heeb, Friedrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331790

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dieser Versicherungsgesellschaften den Bedürfnissen und dem Kampf des Schweizervolkes um sein Brot dienstbar macht.

Bedeutet der Umstand, daß schweizerische Versicherungsgesellschaften, in Verbindung mit der Kantonalbank Zürich, der schwer krisebetroffenen Gemeinde Winterthur ein Darlehen zu 4¼ Prozent gewährten, ein Bekenntnis zur moralischen Pflicht, die Kreditmöglichkeiten dieser Gesellschaften zwecks Krisenüberwindung vermehrt in den Dienst des Volkes zu stellen?

Die privaten Banken und die hinter ihnen stehenden Interessen gehen auf die gleichen Kreise zurück, die hinter dem Versicherungskapital stehen. Es wird also schon dafür gesorgt, daß in der Kreditpolitik die Interessen der besitzenden Schichten gewahrt bleiben. Das kommt im Zinssatz des Darlehens zum Ausdruck. Demgegenüber besteht hier, ganz ähnlich wie dem Bankkapital gegenüber, die Pflicht, aufzuzeigen, woraus die Verpflichtungen gegenüber dem Volk resultieren.

Es sei mir nur *ein* Beispiel gestattet: Einzelne Kantone haben das Obligatorium der Mobiliarversicherung eingeführt. Die Prämie für Armengenössige wird zum Teil aus öffentlichen Mitteln bestritten. Der Staat hat aber keine eigene Mobiliarversicherung. Die private Gesellschaft ist also zumeist Nutznießerin der vom Staat vorgeschriebenen Versicherungspflicht.

Das Thema, auf das ich die Aufmerksamkeit lenken möchte, dürfte durch das Beispiel Winterthur nicht erledigt sein. Auch die Versicherungsgesellschaften werden sich vollkommen klar darüber sein, daß sie beim Finanzbedarf des öffentlichen Haushaltes nicht abseits stehen dürfen. Die Kampfbereitschaft gegen jede Diktatur der Banken zwingt uns, dem Volke zu sagen, welche Beziehungen zwischen Arbeit des Volkes, Kapitalien der Banken, Bedürfnis des Volkes und Interessen des Bankkapitals bestehen. Dabei dürfen wir das Versicherungskapital und seine Bedeutung als Ganzes immer weniger übersehen.

Bewegung, nicht bloß Partei!

Von Friedrich Heeb.

»Wenn der Kampf gegen den Nationalsozialismus erfolgreich sein sollte, mußte die (deutsche) Sozialdemokratie eine grundlegende Neuorientierung ihrer Politik vornehmen. Die im Hier und Heute auseinanderstrebenden Interessen der werktätigen Bevölkerung konnten nur dann wieder zur Einheit gebracht werden, wenn sie dem Gesamtinteresse aller an der Produktionsordnung untergeordnet wurden.«

(*Lothar Frei*, »Deutschland, wohin?« Europaverlag Zürich, 1933.)

Zu dem im vorliegenden Heft der »Roten Revue« von Genosse Robert Grimm erörterten Thema möchte ich mit den nachstehenden Ausführungen ebenfalls einige Bemerkungen beisteuern. Ich gehe dabei von der Tatsache aus, daß es sich beim Faschismus um eine Bewegung

von kolossaler Dynamik handelt, die man nicht ernst genug nehmen kann und der gegenüber unsere bisherigen geistigen wie organisatorischen Mittel auch in unserem Lande absolut unzureichend sind. Optimismus ist im Kampfe mit diesem Todfeind der sozialistischen Arbeiterbewegung zuallerletzt am Platz. Nur die Erkenntnis, daß es sich hier um eine riesengroße Gefahr handelt, vor deren Hereinbruch bei Weiterdauer der Wirtschaftskrise alle Tradition, alle freiheitliche und demokratische Gesinnung nicht zu schützen vermag, wenn wir nicht beizeiten zum Gegenstoß auf der ganzen Linie ausholen, kann uns in der Schweiz vor einem gleichen oder ähnlichen Schicksal, wie es die deutsche Arbeiterklasse traf, bewahren.

Die Grundlage unseres Kampfes gegen den Faschismus muß meines Erachtens in allen noch nicht von ihm erfaßten Ländern sein die unbedingte und unmißverständliche Einheitlichkeit der Bewegung des *demokratischen Sozialismus.* Diese muß in einer absolut *eindeutigen* Stellungnahme zum *Gesamtproblem der Demokratie* zum Ausdruck gelangen. Der demokratische Sozialismus hat sowohl gegen den Faschismus als gegen den Bolschewismus eine klare und scharfe Abgrenzung vorzunehmen. Er kann sich dabei auf die ausgezeichnete Formulierung stützen, die Genosse *Otto Bauer* schon vor Jahren gegen den russischen Bolschewismus geprägt hat:

»Was mich vom Bolschewismus scheidet, sind nicht etwa bloß taktische Erwägungen darüber, daß die Methode der Bolschewiken, in der Geschichte und in der sozialen Struktur Rußlands begründet, in West- und Mitteleuropa nicht nachgeahmt werden kann. Was mich vom Bolschewismus scheidet, ist etwas *Grundsätzliches,* etwas, was in meiner ganzen Auffassung der Entwicklung der menschlichen Kultur begründet ist: es ist meine Schätzung des *unersetzlichen Wertes der individuellen, der geistigen Freiheit.* In jahrhundertelangen Kämpfen, in denen die Besten der Menschheit Freiheit und Leben geopfert haben, haben die europäischen Nationen dem Staat und der Kirche die Bürgschaften der individuellen, der geistigen Freiheit abgerungen. Es gäbe keine Wissenschaft, vor allem keine moderne Naturwissenschaft, ohne die schwer erkämpften, großen Siege im Kampfe um die geistige Freiheit. Und ohne die moderne Naturwissenschaft gäbe es keine moderne Technik, Medizin, Hygiene, keine moderne Zivilisation. Es gäbe kein modernes öffentliches Leben, kein Ringen der großen Geistesströmungen um die Seele der Völker, ohne jene schwer erkämpften Errungenschaften der individuellen, der geistigen Freiheit. — Nicht jene große Schule, in der allein die Völker zur Selbstbestimmung reifen können. Es ist meine Ueberzeugung, daß *der Sozialismus die Bürgschaften der individuellen geistigen Freiheiten nicht zerstören* soll, sondern sie, das kostbarste Erbe des Zeitalters der bürgerlichen Revolutionen, hinüberretten muß in die sozialistische Gesellschaft der Zukunft, in der sie, von allen kapitalistischen Fesseln befreit, ihre volle Entfaltung finden, ihre volle Schöpferkraft bekunden werden.«

Es handelt sich hier um keine bloß formale Sache, sondern um das Kernproblem des Sozialismus, was wiederum *Otto Bauer* schon 1920 in seiner Broschüre »Bolschewismus oder Sozialdemokratie« also ausgedrückt hat: »In Europa würde das Proletariat selbst die Allmacht der zentralen Staatsgewalt viel schwerer ertragen, sich einer Diktatur, die ihm zunächst nichts als Bürgerkrieg, Hungersnot, Zwang zum Ueber-

gang zu neuen Berufen und zur Uebersiedlung in neue Wohnstätten bringen könnte, sehr bald selbst widersetzen. Hier würde die Diktatur im wirtschaftlichen und sozialen Chaos sehr schnell zusammenbrechen.«

Heute, im Angesicht des Faschismus und im Kampfe gegen ihn, gilt diese Erkenntnis erst recht. Die Methoden des Bolschewismus, namentlich der von ihm brutal durchgeführte Arbeitszwang wie seine Sucht zur Nivellierung haben den Widerstand der Mittelschichten und insbesondere der geistigen Arbeiter gegen den fälschlicherweise mit dem Bolschewismus identifizierten Sozialismus in allen europäischen Ländern gewaltig gestärkt und dem Faschismus die stärksten Antriebe geliefert. Die Exekutive der englischen Arbeiterpartei hat in ihrem im Frühjahr 1933 gegen das kommunistische Einheitsfrontmanöver veröffentlichten Manifest nicht mit Unrecht erklärt: »So wie die wahnsinnigen Ausschreitungen des Zarismus die Diktatur der Kommunisten in Rußland möglich gemacht haben, so hat umgekehrt die Furcht vor der Diktatur des Proletariats die eiserne Diktatur des Kapitalismus und des Nationalismus auf den Plan gerufen.«

Gegen den Fronten-Faschismus genügt aber eine Taktik der Abwehr, auch wenn sie noch so gut vorbereitet und durchgeführt wird, keineswegs. Gegen ihn muß vom Boden der Demokratie aus *angriffsweise* vorgegangen werden, wobei wir uns wiederum nur durchaus demokratischer Mittel und Rechte zu bedienen brauchen. Der von mir zu Eingang meines Artikels zitierte deutsche Genosse *Lothar Frei* legt in seiner Broschüre überzeugend dar, daß einer der Hauptgründe für den Untergang der deutschen Republik und Demokratie ihre Passivität gewesen ist, ihr Unvermögen, sich gegen ihre Todfeinde beizeiten mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen: »Der ersten deutschen Republik mangelte vollständig die Fähigkeit, die konkurrierenden Willensrichtungen der verschiedenen Volksgruppen in dem einen Willen zur Erhaltung des Staates zu integrieren. Die Republik erkannte nicht, daß der Staat, der die Freiheit verwirklichen will, Selbstmord verübt, wenn er seine Ordnung nicht mit Zähnen und Klauen verteidigt. Diese Ordnung muß ihren Herrschaftscharakter mit allen Mitteln und unerbittlich sichern. Sie muß Gewalt anwenden gegen diejenigen, die diese Ordnung nicht respektieren. . . . Die Massen spürten, daß hier das Kernübel der Weimarer Republik lag: sie hatte keine Sicherungen gegen den Mißbrauch der Freiheit geschaffen und so selbst den Feinden eines freiheitlichen Staates zur Macht verholfen. ‚Schluß mit der gutmütigen Republik. Vorwärts zur strengen, vorwärts zur militärischen Republik!' riefen die Arbeiter.«

Wenn die schweizerische Arbeiterschaft als heutige Hauptträgerin der demokratischen und freiheitlichen Ideen ihrer geschichtlichen Aufgabe innert nützlicher Frist gerecht werden, den Faschismus dauernd von unserem Lande abwehren will, so muß sie sich indessen bewußt sein, daß ihre eigenen Kräfte dazu auch nicht annähernd ausreichen. Das Proletariat ist in der Schweiz eine Minderheit, und es hat heute, nachdem die Rationalisierung und Technisierung seine zahlenmäßige Bedeutung reduziert haben und die Wirtschaftskrise große Industriezweige

wohl für immer ruiniert hat, weniger als je Aussicht, zur Mehrheit zu werden, auch wenn man zum eigentlichen Industrieproletariat noch die Masse der Angestellten hinzurechnet. Soll es seiner unmittelbaren Aufgabe genügen: den Faschismus zu schlagen, bevor er zu stark geworden ist und darüber hinaus seiner Zukunftsmission: der Schaffung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gerecht werden, so *muß das Proletariat zusammen mit andern Schichten auf demokratischem Wege die Macht im Staate erringen.* Auf dieses eine große Ziel muß unser ganzes Programm, muß unsere ganze Taktik zugeschnitten sein, ihm haben wir vor allem unsere gesamte Werbearbeit im Volke unterzuordnen. An der Tagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Ende August 1933 in Paris stattfand, hat der deutsche Genosse *Aufhäuser* unter anderem ausgeführt:

»Wenn ich den Nationalsozialismus mit unserem Sozialismus vergleiche, so möchte ich sagen, sie stehen zueinander wie ein Affe zum Menschen. Wenn es aber möglich war, daß dieser Pseudosozialismus die Zustimmung jener proletarischen Massen gefunden hat, *dann brauchen wir doch nicht zu zögern, mit dem echten und reinen Sozialismus an dieselben Mittelschichten heranzutreten.* Eines aber ist allerdings notwendig, und darin haben wir unsere Erfahrungen in Deutschland: mit dem *rein wissenschaftlichen,* rein *theoretischen* Sozialismus, mit der allzu *trockenen Materie* werden wir an diese unaufgeklärten Massen nicht herankommen. Das, was wir Hitler absehen müssen und was wir von unserem Standpunkt aus verwirklichen müssen, das ist die große Frage: *Wie kann man die materielle Unzufriedenheit dieses versinkenden Mittelstandes umbilden in politischen Willen zum sozialistischen Kampfe?* Wie kann man aus der Rebellion der Mittelschichten die sozialistische Revolution der Arbeiterklasse stärken? Was haben wir wirtschaftlich an die Stelle der faschistischen Wirtschaft zu setzen — das ist es, was heute die Mittelschichten und die andern von uns wissen wollen.«

Hendrik de Man, der bis zur Machtergreifung Hitlers während zehn Jahren in Deutschland lebte, hat vor kurzem auf eine der Hauptursachen der Katastrophe der deutschen Arbeiterbewegung hingewiesen, indem er schrieb:

»Der Fehler der sozialistischen Führer lag nicht darin, die faschistische Gefahr zu unterschätzen. Vielmehr haben sie sich eher von den *unmittelbaren* Erscheinungsformen dieser Gefahr *allzusehr gefangennehmen* und *von einer Politik auf lange Sicht,* die sich gegen die tieferen Ursachen gerichtet hätte, *abhalten lassen.* Man hat den Kampf gegen den Faschismus geführt, man hat alle Kraft, deren man fähig war, in diesem Kampf aufgewendet — aber man hat die *Ziele* dieses Kampfes und infolgedessen die *Mittel schlecht gewählt.* Die Strategie der Führer bewegte sich auf dem für den Gegner günstigsten Kampfterrain und vernachlässigte, aus Mangel an Vorstellungskraft und schöpferischer Kühnheit, den Boden, auf dem der Sozialismus unüberwindlich gewesen wäre.

Man hat eine Verteidigungsschlacht um zerfallende Stellungen geschlagen — statt einer *Angriffsschlacht um neue Positionen.* Man hat sich von dem Grundsatz des kleineren Uebels leiten lassen, statt von dem Grundsatz des größtmöglichen Guten. Man hat vergessen, was Brailsford jüngst in einem Artikel schrieb: ‚Die Demokratie ist ein Ziel, das wir erobern, nicht ein Besitz, den wir verteidigen müssen.' Und weiter: ‚Man kann die Demo-

kratie nur verteidigen, wenn man den Sozialismus erobert.' Je mehr man die Gefahr des Hitlertums wachsen sah, desto weniger hat man erkannt, daß, um sie zu besiegen, *nicht der Antifaschismus das richtige Mittel war, sondern der Sozialismus.* Die antifaschistische Verteidigungsaktion erreicht nur die Symptome; nur die sozialistische Offensivaktion ermöglicht, das Uebel an den Wurzeln zu packen.«

Wenn wir an die Mittelschichten herankommen wollen, werden wir uns freilich in vieler Beziehung gründlich umstellen müssen, ohne deshalb von unserem sozialistischen Endziel auch nur das geringste preiszugeben. Vor allem wird es notwendig sein, sich von der mechanischen Auffassung loszulösen, als ob der kapitalistische Entwicklungsprozeß diese Mittelschichten in dem Sinne »proletarisiere«, daß sie eigentlich *von selbst* zu uns stoßen würden, dies der »*Geschichte ehern Muß*« sei. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat in der Vergangenheit auf das Denken und Fühlen dieser Mittelschichten viel zuwenig Rücksicht genommen, und sie übersah vor allem bei der Herausstellung ihrer geschichtsphilosophischen und volkswirtschaftlichen Theorien die *psychologischen* wie die *ethisch-sozialen* und *pädagogischen* Probleme geflissentlich. Das gilt nicht nur gegenüber den kleinbürgerlichen Mittelschichten, sondern auch gegenüber dem Proletariat selbst. Man rechnete auf unserer Seite mehr mit den Produktionsmitteln, als mit den produzierenden Menschen.

Unsere Bewegung dachte, sprach und schrieb jahrzehntelang vom Proletarier lediglich als einem zugleich idealisierten und typisierten oder genormten Wesen. In die seelische Verfassung dieses Arbeiters suchte man kaum je einzudringen. Noch stärker war die Einseitigkeit und Oberflächlichkeit, die wir uns von den Vertretern anderer Gesellschaftsschichten machten, sonst wäre zum Beispiel das unglückliche Wort vom »Stehkragenproletarier« als dem angeblichen Typus des Angestellten nicht so oft und immer nur zu unserem Schaden gebraucht worden. Lothar Frei macht über diese Seite der deutschen Tragödie folgende Bemerkungen:

»Der Antimarxismus der Nationalsozialisten bezog seine Kraft vor allem aus dem *Widerstand gegen einen vulgär-marxistischen Dogmatismus,* der sich in der bloßen Negierung der realen Lebensmöglichkeiten von Nation, Staat und Religion gefiel. Die Mittelschichten konnten nur deshalb dem Nationalsozialismus zulaufen, weil der vulgäre Marxismus ihren Willen zur Eigenständigkeit als ‚falsches Bewußtsein' zu entwerten suchte. Gerade die sogenannte Linksopposition lehnte es strikte ab, eine positive Aufnahmestellung gegenüber den proletarischen Mittelschichten einzunehmen. Sie begnügte sich mit der Spekulation, daß in absehbarer Zeit die zunehmende Proletarisierung das ‚richtige Bewußtsein', nämlich das proletarische Klassenbewußtsein, erzwingen würde, obwohl die Tatsachen schon längst die Erwartung einer mechanischen Einschmelzung der Mittelschichten in den proletarischen Schmelztiegel widerlegt haben. ... Das Proletariat wird der *Vortrupp* des Sozialismus, *es kann aber nicht sein ausschließlicher Träger sein,* nachdem sich herausgestellt hat, daß die werktätigen Schichten in sich *mannigfach differenziert* sind und sich nicht einfach in eine amorphe Masse verwandeln lassen. *Der Bauer bleibt Bauer,* auch wenn man ihm die letzte Kuh aus dem Stall wegsteuert. *Der Handwerker bleibt Handwerker,* mag er auch weniger

verdienen als der Fabrikarbeiter. Die Entwicklung des Kapitalismus in der Krise der letzten Jahre hat die Tendenz zur Vereinheitlichung der werktätigen Bevölkerung nicht gestärkt, sondern geschwächt. Eine *soziologische Schere* klafft nicht nur zwischen Arbeiterschaft und Mittelstand, sondern auch zwischen der Arbeiterschaft, die Arbeit hat, und dem arbeitslosen Proletariat. Dadurch sind auch die Interessen der einzelnen Gruppen im Hier und Heute immer mehr auseinandergebrochen. *Wer das ganze werktätige Volk heute für den Sozialismus gewinnen will, muß deshalb den Sozialismus aus seinem proletarischen Turm befreien.* Und das kann nur gelingen, wenn der Sozialismus in einer Gestalt geboten wird, die von reformistischem Opportunismus ebenso weit entfernt ist wie von kommunistischen Illusionen.«

Genosse Lothar Frei formuliert seine Erkenntnisse aus dem deutschen Erlebnis weiter dahin, daß die sozialistische Ordnung eine Ordnung sein müsse, die die *Freiheit* nicht zerstöre, sondern *erst recht eigentlich sichere.* Der Kampf gegen den Faschismus müsse im Namen der Freiheit geführt werden. Wer heute den Sklavenstaat des Nationalsozialismus bekämpfe, wolle nicht morgen in einem Sklavenstaat mit umgekehrten Vorzeichen leben. Der Sozialismus von morgen sei deshalb untrennbar mit dem Freiheitsgedanken verbunden. Wer aber die Freiheit verwirklichen wolle, könne dies nur tun, indem er *Garantien gegen ihren Mißbrauch* schaffe. Die Garantie gegen den Mißbrauch der Freiheit liege aber nur in der *Schaffung einer gerechten sozialistischen Volksordnung.* Erst sozialistische Ordnung ermögliche wahre Freiheit, und die Ordnung habe nur Sinn in der Freiheit, die sie dem Menschen gewähre. Das Proletariat müsse erkennen, daß der Kampf um eine sozialistische Ordnung nur Sinn habe, wenn sie der Freiheit aller Werktätigen diene. Das Bürgertum müsse erkennen, daß die Freiheit nur »befreit« werden könne, wenn *der Zwang des kapitalistischen Monopolbesitzes beseitigt* werde.

Lothar Frei verlangt daher, daß *die Sozialisierungsaktion sich bewußt auf die »Kommandohöhen« der Gesamtwirtschaft beschränke.* Sie dürfe nicht zu einer unterschiedslosen Enteignung sämtlicher Produktionsmittel führen. Die Mittelschichten in Deutschland hätten nur deshalb zum soziologischen Kern der Hitlerbewegung werden können, weil der marxistische Sozialismus seine Sozialisierungsforderung nicht früh genug gegen die Mittelschichten abgegrenzt hätte, mit deren mechanischer Auflösung in das besitzlose Proletariat immer noch rechnete. *Die Sozialisierungsforderung richte sich gegen das großkapitalistische Ausbeutungseigentum, nicht aber gegen das Arbeitseigentum der bäuerlichen, handwerkerlichen und sonstigen kleinbetrieblichen Wirtschaft.*

*

Paul Szende führt in der neuesten Nummer des »Kampfs« aus, die traurige Tatsache der rapid um sich greifenden *Denkfaulheit,* die als eines der wichtigsten Momente für den Vormarsch des Faschismus betrachtet werden müsse, lege jeder sozialdemokratischen Partei die Pflicht auf, nicht nur ihre massenpsychologischen Methoden einer Generalrevision zu unterziehen, sondern auch die psychologische Verankerung aller Zweige der Bewegung auf das genaueste zu prüfen.

Besonders die Sport-, Touristen- und Kulturbewegungen sollten einer Kritik unterzogen werden, inwieweit sie dazu beigetragen hätten, die Denkfaulheit zu fördern und die Arbeiter in ein falsches Sicherheits- und Kraftgefühl einzulullen. Diese Untersuchung dürfe selbst vor programmatischen Erklärungen der Parteien nicht haltmachen.

Mit Recht macht Genosse Paul Szende auch auf den trügerischen Glauben an die »Heilswirkung der Zahl« aufmerksam, der mit dem Wachstum und der Vermehrung der unserer Bewegung angegliederten Sport-, Touristen- und Kulturvereinigungen entstanden sei. Die grandiosen Umzüge, Aufmärsche und Feste hätten diesen Glauben um so mehr bekräftigt, als diese für alle Teilnehmer und Zuschauer zugleich ein Erlebnis waren: das Erleben der Kraft, der Masse und der Zahl. Dieser optischen Täuschung unterlägen die Kommunisten ebenso wie die Sozialisten. Je größer die Organisationen wurden und je mannigfaltiger ihre Tätigkeit, um so mehr hätten die Mitglieder das Denken über die wichtigen Probleme der Organisation überlassen; im Denken breiter Schichten hätten diese Organisationen als Gottersatz gewirkt.

In der »Roten Revue« vom Dezember 1930 habe ich in einem Artikel »Der Instinkt für politische Notwendigkeiten« betont, daß wir unsere ganze Technik der Propaganda und Massengewinnung einer kritischen Prüfung unterziehen und dabei vor allem von dem nationalsozialistischen Gegner in Deutschland lernen müßten. Auf diesem Gebiete ist aber bis heute so ziemlich alles beim alten geblieben, obschon seither in noch viel nachdrücklicherer Weise die Dringlichkeit, vom »Konservativismus der Methoden« abzukommen, erwiesen worden ist.

Die Massenpartei des Proletariats muß sich auch ernstlich darüber Rechenschaft geben, wie sie diese Massen wieder mehr zur Mitbestimmung und *Selbstentscheidung* heranziehen kann, damit nicht die Routine der Funktionäre allein oder zum weit überwiegenden Teil den Ausschlag bei dem gibt, was zu tun oder zu unterlassen ist. Auch dort, wo das nicht beabsichtigt ist, führt das Ueberwiegen des »Apparats«, früher oder später zu einer inneren Entfremdung zwischen Masse und Führern, zu einer eigentlich bloß noch formell und rein äußerlich bestehenden Zugehörigkeit des einzelnen zur Organisation.

Durch die Krise werden wir vor eine Reihe überaus schwieriger Probleme gestellt, die uns früher nie oder nur ganz nebenbei Sorge bereiten mochten. Eines der heikelsten und gefährlichsten Probleme ist das des Verhältnisses zwischen den »Werktätigen« und den Arbeitslosen. Die Kluft zwischen den einen und den andern dürfen wir nicht noch größer werden lassen, sondern müssen das Maximum unserer ideellen und materiellen Kräfte aufbringen, um der gegenseitigen Entfremdung, aus der früher oder später — wie die Erfahrung in Deutschland lehrt — leicht Haß und Feindschaft entstehen können, vorzubeugen. Käthe Leichter bemerkt im neuesten Heft des »Kampfs« von der österreichischen Partei: »Wir haben in einem Zeitpunkt, in dem die Krise schon weit fortgeschritten war, noch immer im wesent-

lichen *die Politik der beschäftigten Arbeiter* gemacht, um deren Löhne, um deren Rechte im Betrieb, um deren Sozialpolitik vor allem gerungen wurde.« Das gilt im großen und ganzen auch für die schweizerische Arbeiterbewegung.

Die Solidarität aller noch zu normalem Lohn Beschäftigten muß meiner Ansicht nach noch stärker und eindeutiger als bisher zum Ausdruck kommen. Wenn irgendwo, so ist den Arbeitslosen gegenüber höchste Kameradschaftlichkeit und größte Opferwilligkeit angebracht. Die proletarischen Organisationen müßten daher in nächster Zeit ernst und gründlich beraten, auf welche Weise die *materielle* wie die *seelische* Not der Arbeitslosen noch intensiver als bis anhin bekämpft werden könnte und wie sich das Band der Solidarität und engsten Verbundenheit zwischen den Beschäftigten und den Arbeitslosen enger und fester knüpfen läßt.

*

Die sozialistische Bewegung der Schweiz steht vor der Notwendigkeit, sich die Lehren der deutschen Tragödie zunutze zu machen, wenn sie dem Faschismus und der Reaktion rechtzeitig und gründlich begegnen will. Dabei müßten wir uns vor allem an das Wort Lothar Freis halten: daß die sozialistische Bewegung nicht als Partei unter anderen Parteien auftreten darf, sondern in der elastischen Form einer *Bewegung*, die für die *Idee des Sozialismus* kämpft. Eine Neuorientierung der ganzen schweizerischen Arbeiterbewegung im Sinn der Auflockerung ihrer Organisationen, zur Herstellung einer größeren Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der jetzigen Epoche, insbesondere aber zur Erhöhung ihrer propagandistischen Stoßkraft, wird nicht zu umgehen sein. Auch bei uns müssen wir bis zu einem gewissen Grade das Vorhandensein jenes *Organisations-Fetischismus* konstatieren, der die deutsche Arbeiterbewegung gehindert hat, rechtzeitig das Mögliche und Notwendige vorzukehren. Keine Organisation darf aber Selbstzweck werden, sie kann immer nur als Mittel zum Zweck gelten. Erweist es sich, daß die bisherigen Organisationsformen unzulänglich geworden, durch die Entwicklung überholt sind, so müssen wir die Umstellung ohne Rücksicht auf Institutionen und Personen vornehmen. In eine Organisation auf wesentlich breiterer Grundlage und mit weit mehr Elastizität ließe sich die *Jugend* weit besser eingliedern als in unsere heutigen Kaders. Diese Jugend zu gewinnen, muß unser heißes Bestreben sein, wenn wir dem Frontenfaschismus das Wasser abgraben, unserer ganzen Bewegung neuen Antrieb und größeren Impuls verleihen wollen.